

Kommentar

Clemens Rosenkranz

Klima leidet unter Steuerwettbewerb



Auch wenn sich die heimischen Autofahrer schon heute als Melkkuh der Nation fühlen, sind die Steuern auf Sprit in der Alpenrepublik noch immer zu niedrig. Darüber freuen sich die Kfz-Besitzer in jenen Nachbarländern, wo Sprit noch stärker besteuert wird als in Österreich. Freuen kann sich auch der Finanzminister: Der Run der deutschen Autofahrer auf die heimischen „Billig“-Tankstellen bringt ihm pro Jahr ein geschätztes Körpergeld von 800 Mio. Euro.

Dabei ist dem obersten heimischen Säckelwart allerdings das Hemd näher als der Rock, denn mit den Folgen des Tanktourismus muss sich der Umweltminister herumschlagen. Für Josef Pröll wird es mit jedem Pkw mit ausländischem Kennzeichen noch schwerer, das Klimaziel zu erreichen. Es ist ohnehin schon sehr weit in der Ferne, weil die Emissionen anstatt zu sinken stetig und stark steigen. Der Tanktourismus entspricht einem Drittel der zum Erreichen des Klimaziels nötigen CO₂-Reduktion. Mit den Folgen der niedrigen Spritsteuern werden sich die Finanzminister, die zwischen 2008 und 2012 amtieren, herumschlagen müssen. Denn sollte Österreich das Klimaziel verpassen, wird es sehr teuer. Die Strafzahlungen könnten gar drei Mrd. Euro betragen.

Die Alternative zu höheren Steuern ist das Hoffen auf das Wunder, dass sich die EU auf eine einheitliche Besteuerung beim Sprit einigt oder gar eine fiskalische Harmonisierung kommt. Das ist ein Jahrtausendprojekt, ätzen Kritiker des Steuerwettlaufs zwischen den EU-Staaten. Aber genauso illusionär ist es, dass die Regierung sich traut, gegen das autofahrende Volksempfinden zu handeln. Das schadet dem Stimmklima, und das ist doch allemal kostbarer als das im fernen Japan geschlossene Klimaschutzabkommen: Daher bleibt auch eine ökologisch sinnvolle Steuererhöhung ein Jahrtausendprojekt, selbst wenn keine Wahlen anstehen.

Thomas Jäkle

Den Katzen nach Russland gefolgt



Zwei Mio. Katzenbesitzer sind ein Potenzial, an dem nicht einmal eine heimische Boulevardzeitung vorbeikommt. Als das erste Kätzchen unlängst an der Vogelgrippe verstorben war, war der Aufschrei groß – nicht nur auf dem Boulevard. Am ersten Tag hieß es, alle Katzen in Österreich seien todkrank und infiziert. Am zweiten Tag, kaum 24 Stunden später, hieß es sogar, alle Katzen retour ins Tierheim wegen einer drohenden Katzen-Pandemie. Am dritten Tag, Gott sei's gedankt, kam die Entwarnung: Alle Katzen wieder gesund und auf einmal immun.

Die Gesundheitsministerin selbst ließ die Katze aus dem Sack und entwarnte die Republik. Ein Schelm, wer bei einem derartigen Thema, das ja alle betrifft, an Wahltaktik oder von oben verordnete Volksgesundheit denkt. Wenn Menschen schon nicht viel von der EU halten, dann darf die Katzenverunsicherung ein halbes Jahr vor den Wahlen schon gar nicht aufkommen.

In der Wissenschaft kennt man da kein Pardon. Von Entwarnung nicht die Rede, auch wenn Sars, Ebola oder Tuberkulose (noch) viel gefährlicher sind als das H5N1-Vogelgrippe-Virus. Ein vielversprechendes Forschungsprojekt eines Wiener Wissenschaftlers wurde im Vorfeld abgeschmettert. Es ging um Forschung, die einen starken Konnex zur Vogelgrippe hat. „Ich fühle mich gepflanzt“, gibt Hermann Katinger, Forscher mit exzellentem Weltruf in der Viren-Forschung, freimütig zu. Seine Einreichung wurde von der vierköpfigen Jury mit einer Gegenstimme abgeschmettert. Elitäres Know-how sei vorhanden, nur das Geld nicht. Macht nichts. Forscher können ja frei reisen. Nur: Katingers beste Leute laufen davon, zum Beispiel nach Russland. Dort gibt es Geld für die Vogelgrippe-Forschung. Und er selbst denkt auch schon darüber nach, wo man über den Boulevard hinausblickt. Das Kapital bahnt sich seinen Weg – mit und ohne Katzenjammer.

Wert der Gesundheit

Der Bürger will Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen. Und er ist auch bereit dafür zu zahlen. Angesichts steigender Beiträge wird eine „Zwei-Klassen-Medizin“ aber nicht akzeptiert.

Harald Deutsch

Gesundheit ist unser allerhöchstes Gut. So heißt es zumindest. Verfolgt man aber die unzähligen Debatten über das Steigen von Krankenkassenbeiträgen, so könnte der Eindruck entstehen, als empfänden die Menschen den Preis der Gesundheit als eine ihnen willkürlich auferlegte „Sondersteuer“, die nur ihren eigenen Interessen zuwiderläuft.

Andererseits wissen wir, dass die Menschen durchaus in der Lage und auch willens sind, jährlich viele Mio. Euro für ihre eigene Gesundheit auszugeben. Der boomende Wellness- und Fitnessmarkt lebt von dieser wachsenden Bereitschaft. Auch würde sich niemand ernsthaft gegen die Einführung kostspieliger neuer Medizintechniken aussprechen. Während also einerseits Klagen der Beitragszahler über Erhöhungen kein Ende nehmen, fließt andererseits aus denselben Briefstücken viel Geld in andere privat finanzierte Gesundheits- und Vorsorgebereiche.

Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Ein gewichtiger Aspekt ist mit Sicherheit, dass der Bürger seine privat finanzierten Gesundheitsaktivitäten nach Kriterien der Effizienz und Leistungsstärke selbst auswählen kann. Die über Pflichtbeiträge finanzierten Gesund-

heitsleistungen erscheinen ihm hingegen häufig als wenig effizient und wenig patientenorientiert. Als Beitragszahler hat er keinen Einfluss auf eine sinnvolle Verwendung seiner Mittel, und als Patient spürt er die mangelnde Effizienz der Gesundheitsversorgung spätestens dann, wenn er die Schwelle eines Krankenhauses übertreten hat, am eigenen Leib.

So gesehen ist der Unmut nachvollziehbar: Wenn steigende Gesundheitskosten nicht hinreichend begründet werden und zudem noch prognostiziert wird, man müsse in Zukunft noch mehr Erhöhungen bei schlechterer Versorgung in Kauf nehmen, fällt es schwer, Vertrauen in das System zu gewinnen oder neu aufzubauen. Ganz zu schweigen von den Diskussionen über die Einschränkung des Leistungskatalogs und die Ausweitung von Eigenbeteiligungen.

Umdenken erwünscht

Das Problem ist nicht, dass die Bürger nicht bereit wären, mehr in ihre Gesundheit zu investieren. Das Problem ist eher, dass das Gesundheitssystem unzählige Ansatzpunkte bietet, um an ihm zu zweifeln. Damit dieses Vertrauen gewonnen werden kann, muss ein Umdenkprozess stattfinden – sowohl innerhalb des Systems als auch bei den Bürgern.

Eine Effizienzsteigerung im Gesundheitssystem muss als Chance für eine patientenorientierte Gesundheitsversorgung verstanden werden. Zu Recht verlangt der Bürger trotz knapper Kassen weiterhin die Steigerung von Qualität und Wirtschaftlichkeit als Patient und als Beitragszahler.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Rationalisierung des derzeitigen Systems unumgänglich. Sie ist der Schlüssel, um Rationierungen im Sinne einer „Zwei-Klassen-Medizin“ zu verhindern.

Es gilt, das medizinisch Notwendige und Gebotene in Form von Leitlinien zu formulieren. Gleichzeitig muss sich daran ein gesamtgesellschaftlicher Konsens orientieren, der erkennt, dass nicht immer die teuerste Behandlung auch die notwendige ist. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Ärzte in ihren Entscheidungen nicht allein gelassen werden.

In einem entlang dieser Leitlinien modernisierten effizienten und zugleich humanen Gesundheitssystem wäre jeder bereit, den Betrag zu zahlen, der notwendig ist, um sein „höchstes Gut“ zu erhalten.

Der Autor ist Geschäftsführer beim Consulting-Unternehmen Accenture. Deutsch ist als Experte für Gesundheitswesen für den Bereich Health & Life Science verantwortlich.

Karikatur der Woche



Ein Röntgenblick in die Arztpraxis der Zukunft,
Diagnose:
Operation gelungen, Patient pleite.

Zeichnung: Kilian Kada